

Der Reichstag aufgelöst!

Schicksalswende des Parlamentarismus. — Trostlose Finanzlage.

Berlin, 18. Juli. Im Reichstage wurde heute über den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen entschieden. Die Absicht der Regierungsparteien, zuerst über die Misstruensanträge zu entscheiden, scheiterte daran, daß, nachdem mit Hilfe der Deutschnationalen ein entsprechender Beschluß zustande gekommen war, die Misstruensanträge der Linken aus taktischen Gründen zurückgezogen wurden.

Für den Aufhebungsantrag stimmten Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und der größte Teil der Deutschnationalen. Die Abstimmung hatte folgendes Ergebnis: Der Aufhebungsantrag wurde mit 236 gegen 221 Stimmen angenommen. Reichskanzler Brüning gab darauf die Erklärung ab, daß der Reichstag damit aufgelöst sei. Die Neuwahlen zum Reichstag finden voraussichtlich am 14. September statt.

Bergebliche Redeschlachten im Reichstag.

Der Präsident eröffnete die heutige Sitzung des Reichstages um 10 Uhr. Haus und Tribünen waren stark besetzt. Am Regierungstisch hatten Reichskanzler Dr. Brüning und die übrigen Minister Platz genommen. Ueber dem ganzen Hause lag eine große Spannung.

Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt die Beratung der Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten auf Aufhebung der Notverordnungen. Verbunden damit sind die Misstruensanträge der gleichen Parteien.

Abg. Landsberg (Soz.) begründete die sozialdemokratischen Aufhebungsanträge. Er betonte die Unmöglichkeit und Unzulässigkeit dieser Notverordnungen. Ich fürchte mich beinahe, so fuhr er fort, einem einzigen von ihnen die gegenteilige Ueberzeugung zuzutrauen. In juristischen Darlegungen suchte der Redner nachzuweisen, daß Artikel 48 niemals zur Begründung solcher Verordnungen herangezogen werden könne, wie sie das Kabinett Brüning erlassen habe. Er warf die Frage auf, ob die Wünsche der Deutschen Volkspartei und der Demokraten wirklich so wichtig seien, daß durch ihre Nichterfüllung Ordnung und Sicherheit gefährdet wären. Man könne zwar die Haltung der Deutschen Volkspartei verstehen, die die Verfassung abgelehnt habe, aber nicht den Freibrief, den Zentrum und Demokraten als Mitschöpfer der Verfassung dem Reichskanzler für sein Vorgehen ausgehändigt haben.

Inzwischen war ein Antrag der Wirtschaftspartei eingegangen, die Notverordnung über die Schaftsteuer aufzuheben.

Reichsinnenminister Dr. Wirth,

der nun das Wort nahm, wurde von der Linken mit Zurufen empfangen: „Der Feind steht rechts! — wo steht der Feind? Ein feiner Reichsbannertamerad!“ Der Minister erklärte, daß er mit dem Abg. Landsberg die Schwere dieser Stunde fühle. Er könne sich aber nicht des Eindrucks erwehren, daß, wenn heute die Sozialdemokraten noch in der Regierung wären, Landsberg seine Mahnungen auch an seine Freunde hätte richten müssen. Die Frage einer solchen Notverordnung habe auch das vorige Kabinett mehr als einmal beschäftigt.

Die finanzielle Entwicklung sei nach menschlichem Ermessen derart, daß der dem Reichstag vorliegende Haushaltsplan nach seiner Ausgabenseite wahrscheinlich vom Spätjahr an nicht mehr durchführbar ist.

Wenn wir uns darüber hinaus in einer Weltwirtschaftskrise befinden, so werden uns dadurch Verpflichtungen auferlegt, die man bisher in Deutschland nicht für möglich gehalten hat. Wenn gesagt worden ist, daß die Gemeindefinanzen eine Notverordnung nicht rechtfertigen, so wissen wir doch, daß eine große Zahl von Gemeinden in Kürze nicht mehr in der Lage ist, Wohlfahrtsausgaben zu leisten. (Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten: Die Regierung hat ja gar keine Vorlage gemacht!) Wir müssen auch mit Rücksicht auf die Außenpolitik handeln, zumal eine Mehrheitsbildung im Reichstage nicht möglich gewesen ist. (Stürmischer Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Stürzen sie (nach links) diese Regierung oder treiben sie zur Reichstagsauflösung, dann tun sie es mit dem Risiko, von der Krise des Parlamentarismus in die Krise des Systems der Demokratie zu gelangen. Wir übernehmen die volle Verantwortung für die erlassenen Notverordnungen und behaupten, daß der in der Verfassung verlangte Notstand vorliegt. (Zischen links, Beifall bei den Regierungsparteien.)

Eine deutschnationale Erklärung

gab anschließend Abg. Dr. Oberfohren ab, in der es heißt: Die Reichsregierung hat der deutschnat. Fraktion eine Fortsetzung der von ihr vorgeschlagenen Verhandlungen unmöglich gemacht. Sie ist über alle unsere Vorschläge und Warnungen in bezug auf die Steuer- und Wirtschaftspolitik zur Tagesordnung übergegangen. Aus ihrer Kampfeinstellung gegenüber den Deutschnationalen, deren Zerstückelung einer ihrer wesentlichen

Programmpunkte war, hat sie den Artikel 48 in einer Frage in Anwendung gebracht, die sie hätte parlamentarisch erledigen können, wenn sie nicht die Steuern in sozialistischen Gedankengängen machen wollte. (Stürmisches Gelächter links.) Die Deutschnationalen lehnen die Aufbürdung neuer, untragbarer Steuerlasten ab, da sie nicht gewillt sind, die Kosten einer verfehlten Außenpolitik und verkehrswirtschaftlicher Innenpolitik zu bezahlen.

Der Youngplan wurde dem deutschen Volke durch das Versprechen großer Steuerentlastungen schmachtend gemacht. Seitdem sind drei große neue Steuerwellen über das proletarisierte Volk hereingebrochen. Unsere Voraussetzungen sind Wirklichkeit geworden.

Die Agrarhilfe war wirkungslos, da eine grundsätzliche Änderung der Handelspolitik nicht damit verbunden war. Die Dst-Hilfe ist so verwässert, daß man von einer wirklichen Hilfe im Sinne des Reichspräsidenten nicht mehr reden kann. Die Herrschaft des Marxismus hat den Staat Preußen einem kaum noch verhaltenen Kulturbolschewismus ausgeliefert und findet ihren stärksten Ausdruck in der Diktatur, die die Sozialdemokratie in Preußen ausübt. Wir haben zur Regierung nicht das Vertrauen, daß sie in der Lage ist, dem deutschen Volke in der kommenden Notzeit Führer zu sein. Aus der Einstellung zur Reichsregierung ergibt sich unsere Haltung zu den von der Regierung beschlossenen Notverordnungen.

Abg. Könen (Komm.) nannte die Vollmacht der Reichsregierung den Beweis für die Zerfallserscheinungen dieses Wirtschaftssystems, die durch Dawesplan und Youngplan beschleunigt worden seien. Die Demokratie arbeite jetzt mit Diktaturmethoden. Die Sozialdemokratie tue das ja in Preußen schon seit zehn Jahren. Der Reichsbannertamerad Wirth sei der Minister des falten Putsches. Der Steuerstreit gegen die ungeheuerlichen neuen Steuern müsse die Antwort sein.

Reichsfinanzminister Dietrich

suchte zahlenmäßig nachzuweisen, daß mit den Notverordnungen gerade der Fehlbetrag gedeckt werde, der durch die Arbeitslosenversicherung entstanden sei. Die Maßnahmen der Regierung hätten also den ausgesprochenen Zweck, den Bestand der Arbeitslosenversicherung zu sichern. (Wärmende Zurufe bei den Kommunisten.) Die Getränkesteuer habe die Regierung eingeführt, weil sie erwarte, daß dann die Kopfsteuer nicht überspannt wird. Später werde die Getränkesteuer in das Finanzprogramm eingebaut und im Zusammenhang mit der Höhe der Realsteuern geregelt werden.

Die öffentliche Sicherheit und Ordnung werde zweifellos in zwei oder drei Monaten erheblich gestört sein, wenn die Dinge so weitergingen. Wenn dann, so rief der Minister mit erhobener Stimme, Unruhen durch die Städte gehen, wird man bereit sein, diese Dinge mitzumachen.

Daß die Mittel nicht allein durch die Belastung der höchsten Einkommen zu beschaffen sind, wird auch von den Sozialdemokraten anerkannt. Wir haben deshalb in erster Linie diejenigen belastet, die eine gesicherte Existenz haben, während täglich Tausende auf die Straße fliegen. Der Widerstand dagegen ist auf dem Nullpunkt angekommen, weil auch die Beamten die Notwendigkeit eingesehen haben. Eine andere Lösung gibt es nicht. Die Regierung hat den Mittelweg eingeschlagen. Sie ist ihren Weg gegangen in der Erwartung, daß es noch viele in diesem Hause gibt, die den Verstand aufbringen für die Notwendigkeiten dieser Zeit. (Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Noch ist die Reichskasse in Ordnung und sie wird es auch in den nächsten Monaten noch sein. Wenn aber nichts geschieht, würde das im Herbst nicht mehr der Fall sein. Sollen wir uns dann wieder an die Banken wenden und soll die Gefahr heraufbeschworen werden, daß die Beamten auf ihr Gehalt warten müssen?

Wir sind jetzt an einem kritischen Punkt angekommen. Es ist der Kampf um die Sozialversicherung. Finanziell geht es dann nicht mehr höher. Einschränkung ist notwendig. In diesem Augenblick müssen wir endlich handeln. Man macht uns den Vorwurf, daß wir diese Steuerfragen mit dem Artikel 48 erledigen. Wir aber das Chaos im Steuerausschuss mit erlebt hat, der wird uns das nicht übelnehmen.

Die Sozialdemokraten sollten im übrigen einmal daran denken, was seit zehn Jahren in Preußen alles auf Grund des Artikels 55 der preussischen Verfassung geschieht. Die Schwierigkeiten wachsen. Das Volk wird nachher nicht fragen, warum sie entstanden sind, sondern warum sie nicht beseitigt worden sind. Es wird sich auf die Seite derjenigen stellen, die sie beseitigen. Die Zahl derer, die die Politik des Reichstages nicht mehr verstehen, wächst. Ein Volk, das Milliardenwerte für Tabak und Bier ausahlt, wird auch dieses Volk im Etat noch stoppen können. Es muß Schluss gemacht werden mit der Interessenspolitik, um Staatspolitik zu treiben.

Eine deutschnationale Minderheftengruppe gegen Regierungssturz.

Abg. Graf v. Westarp gab im Auftrag einer Anzahl bisheriger deutschnationaler Abgeordneter eine Erklärung ab, in der es unter anderem heißt: Wir stehen der Regierung Brüning auch weiterhin kritisch gegenüber, glauben aber dieser Regierung, die auf diesen Gebieten mit Reformarbeiten begonnen hat, noch eine Frist zur Ueberwindung der in kurzer Zeit überhaupt nicht zu behebenden wirtschaftlichen Nöte, insbesondere auf landwirtschaftlichem Gebiete, einzuräumen zu müssen. Die wirtschaftliche Not erfordert eine stabile Regierung und verträgt keine weiteren Erschütterungen durch Regierungskrisen und Wahlkämpfe.

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.) begrüßte die Erklärung des Grafen Westarp. Mit Recht könne man sagen, daß wir in einem außerordentlich kritischen Augenblick für den Parlamentarismus leben. Das Parlament hätte vorerstern eine große Chance und habe heute noch einmal die Möglichkeit, sich einzuschalten. Der Redner wandte sich dann an die Deutschnationalen und erklärte, diese Partei habe allen Anlaß, die Regierung Brüning zu unterstützen, da ihre Politik mit den Grundgedanken der Deutschnationalen übereinstimme.

Abg. Meyer (Dem.), von den Nationalsozialisten mit dem Ruf empfangen: „Keine Feiler ohne Meyer!“, betonte, daß seine Partei alles getan habe, um die Möglichkeiten einer parlamentarischen Erziehung auszukönnen. Sie habe starke Bedenken gegen die Anwendung des Artikels 48 und begrüße es, daß jetzt der Reichstag die Möglichkeit habe, einen Mehrheitsbeschluß zu fassen und das Vorgehen der Regierung nachträglich zu billigen. Keineswegs könne er sich der Auffassung des Abg. Dr. Scholz anschließen, daß diese Regierung deutschnationale Auffassungen vertrete. Seine Partei werde die Aufhebungsanträge ablehnen und beantragen, die Verordnung über die Gemeindegetränksteuer an den Ausschuss zu verweisen.

Nach weiterer Aussprache, an der sich Abg. Reudell und Abg. Landsberg beteiligten, wurden die Abstimmungen vorgenommen, die, wie eingangs berichtet, nach Ablehnung der Notverordnungen zur Auflösung des Reichstages führten.

Die Deutschnationalen für ein Kabinett Weber.

Schlechte Aussichten für die Regierungsbildung in Sachsen.

Dresden, 18. Juli. Wie wir erfahren, haben der deutschnationale Landesparteiausschuss und die Landtagsfraktion am Donnerstag beschlossen, angesichts der unbedingten Notwendigkeit der Bildung einer marginalen Regierung in Sachsen alle Wünsche zurückzustellen und im Interesse der Bildung einer solchen Regierung nach dem Scheitern der Kandidatur Krug v. Niddas auf diesen zu verzichten. Die Deutschnationalen haben weiter beschlossen, ein Kabinett unter der Führung des ehemaligen Finanzministers Dr. Weber zu unterstützen unter der Voraussetzung, daß Weber vor seiner Wahl Fühlung mit den Deutschnationalen wegen der Befehung der einzelnen Ministerien nimmt und unter der weiteren Voraussetzung, daß seinem Kabinett kein Marxist angehört.

Da inzwischen, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, die Nationalsozialisten erklärt haben, daß sie ein Kabinett Weber nach dem Muster des Kabinetts Büniger weder direkt noch indirekt unterstützen würden, sondern maßgebenden Einfluß, d. h. das Innenministerium in dem Kabinett Weber verlangen, ist auch das Kabinett Weber schon erledigt, bevor es überhaupt den ersten Schritt getan hat, da unter diesen Umständen die Demokraten und Volksnationalen ihm ihre Unterstützung verweigern würden.

„Graf Zeppelin“ über der Bistana.

Hamburg, 18. Juli. Wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, befand sich das Luftschiff „Graf Zeppelin“ heute um 6 Uhr (M. E. Z.) über der Bistana und nahm Kurs auf die Loire-Mündung.

